

Rede wurde zu Protokoll gegeben!

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 121/2015
Kiel, Freitag, 20. März 2015

Bildung/Grundschulen

Anita Klahn: Wir brauchen einen Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulstandorte

In ihrer Rede zu TOP 36 (Grundschulstandorte in ihrer Existenz sichern) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Im Gegensatz zu Hauptstandorten gibt es keine Mindestgröße für Außenstellen. Es gibt keine strikte Vorgabe, sondern nur einen Orientierungswert von 44 Schülern, der eine rein rechnerische Größe für zwei Personalstellen ist. So hört es sich zwar nett an, wenn die Ministerin formuliert, die Richtzahl auf 27 senken zu wollen zu, rein praktisch ändert sich aber nichts, wenn nicht zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird.

Es überrascht auch niemanden, dass es gerade den größeren Schulen leichter fällt, kleinere Außenstellen zu bedienen. So gibt es zahlreiche Außenstellen (18), die weniger als 44 Schüler haben oder hatten. Die Außenstelle Dersau hatte im Schuljahr 2012/13 mal 17 Schüler.

Das wären – keine Gewähr auf Vollständigkeit: Oldenswort, Seekrug, Panker-Darry, Hüttenwohld, Schipphorst, Stolpe, Neudorf, Weddelbrook, Nützen, Schafstedt, Neuenkirchen, Hetlingen, Struvenhütten, Giekau, Großharrie, Großenbrode, Wulfsdorf und Dersau.

Ob ein Standort bestehen bleibt, darf aber nicht allein davon abhängen, ob eine Hauptschule die Größe hat das organisatorisch abbilden zu können. Nein, die gesamte regionale Schulstruktur muss eine Rolle spielen.

„Kurze Beine, kurze Wege“ muss weiterhin gelten. Wir fordern zusätzliche Planstellenanteile für die Grundschulstandorte, deren Schließung zu unverträglich langen Schulwegen führen würde. Häufig dreht es sich nur um eine halbe Stelle, die benötigt wird, um den Standort zu halten.

Das jüngste Beispiel ist die Schließung der Schule in Petersdorf. Im ganzen westlichen Teil der Insel gibt es jetzt keinen Schulstandort mehr. Das heißt, dass kleinen Grundschülerinnen und Grundschülern Schulwege von teilweise über einer Stunde zugemutet werden. Wir Liberale halten das für völlig unverhältnismäßig.

Die von der Koalition so gern angeführte Studie zur ‚Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins‘ stützt dabei voll unsere Position. Die Studie spricht davon, die ‚Landschule der Zukunft‘ als standortrelevante Schule im ländlichen Raum einzuführen. Anhand objektivierbarer Kriterien, wie z.B. maximale Distanzen, Schülerfahrtzeiten, zentralörtliche Funktion ist diese zu definieren.

Das ist genau das, was wir fordern! Aber ohne gesonderte Personalzuweisung geht das nicht.

Das nun gerade diese benötigten Sicherstellungszuschläge, die das einzige hilfreiche Instrument sind, durch den Koalitionsantrag explizit ausgeschlossen werden, ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen.

Die Küstenkoalition betont doch ständig, dass Bildung die wichtigste Aufgabe in dieser Legislaturperiode für sie sei. Dann handeln sie doch endlich.

Sie helfen keiner einzigen Schule mit den in ihrem Antrag formulierten Vorschlägen. ‚Kreative Ideen‘, ‚innovative Konzepte‘, ‚Experimentierklausel‘ sind Worthülsen. Auch durch ELER-Mittel können keine zusätzlichen Lehrerstellen geschaffen werden.

Kreative Ideen hatten die Eltern in Petersdorf und in Schafstedt liegen sogar innovative Konzepte vor. Ministerpräsident Albig fand damals warme Worte, Ministerin Wende zeigte sich als zuständig, eine Nebelkerze nach der anderen wurde gezündet, aber im Ergebnis gab es Schulschließungen.

Die Regierung und die Regierungsfractionen machen nichts. Ministerin Ernst führt genau die Politik von Ministerin Wende fort. Es gibt keinen Unterschied zwischen der alten und neueren Ministerin. Das ist Aussitzen in Reinkultur. Fehler der vorherigen Ministerin werden nicht korrigiert. Die Grundschulen werden weiterhin hängen gelassen. Die aktuelle Petition zu den kleinen Grundschulen mit fast 5.600 Unterzeichnern belegt das beindruckend.

Wer kleine Grundschulstandorte schließt, aber gleichzeitig zahlreiche unnötige Oberstufen für fast erwachsene Oberstufenschüler im ganzen Land schafft, zeigt durch sein eigenes Handeln welchen Stellenwert kleine Grundschülerinnen und Grundschüler für diese Landesregierung haben.

Ein Wort muss ich dann noch gegenüber den Piraten loswerden. Die völlige Kritiklosigkeit, mit der sie den Murks der Regierung in diesem Themenfeld mittragen, überrascht mich wirklich, da sie sonst einen viel kritischeren und auch konstruktiveren Stil pflegen. Ich meine, sie müssen doch auch erkennen, dass ohne weitere Planstellen kleine Standorte nicht zu halten sind.“